Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 31 (1941)
Heft: 2

Artikel: 750 Jahre Bern
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-633603

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern von Süden aus gesehen, Matte und Nidegg. — Bildausschnitt a einem bisher unveröffentlichten Aquarell des Berner Malers Wilhel Stettler (1643—1708), gemalt im Jahre 1682. Die Häuser auf de Bilde rechts — eines davon gehörte seinerzeit dem Maler Nikla Manuel und war mit Fresken geschmückt — wurden beim Bau des Aa gauerstaldens im Jahre 1740 abgerissen. Die Unterthorbrücke war d mals noch gedeckt, wohlbefestigt und mit Tor, Graben und Fallbrüc gesichert.

Bild von der Bärenjagd des Herzogs von Zäringen in der Bernerchronik des Diebold Schilling aus dem Jahre 1485.

750 Jahre Bern

In diesem Jahre werden wir den 750. Jahrestag seit der Erhebung Berns zu einer Stadt begehen können. Vor 50 Jahren hat man dieses Ereignis in einem großartigen Fest gefeiert, und noch viele werden sich des Festspiels und des Umzuges des Jahres 1891 erinnern. Was wird nun dieses Jahr, dem 750., geschehen? Die Zeiten sind nicht dazu angetan, große Feste zu feiern. Klang- und sanglos sollte man doch diesen Gedenktag nicht vorübergehen lassen.

Nach der Sage soll Herzog Berchtold V. von Zäringen im Jahre 1191, — eine Zürcher Chronik des 14. Jahrhunderts gibt sogar den genauen Tag an, nämlich den 23. Februar, — Bern gegründet haben. Und zwar an einer Stelle, genannt im Sack, bei seiner Burg Nidegg. Da sei damals ein großer, wildreicher Eichwald gestanden, und der Herzog habe beschlossen, — so berichtet die Sage weiter, — die Stadt nach dem ersten auf der Jagd erlegten Tier zu benennen. Das sei nun gerade ein Bär gewesen (ein Glück, daß es nicht ein Hase oder eine Wildsau war!), und da habe er die Stadt „Bern" genannt und ihr einen Bären ins Wappen gegeben.

sind nicht gering an Zahl, die merkwürdigen Rechner im Senat und im Repräsentantenhaus, die entweder übertriebene Forderungen für die Hilfe an England stellen und beispielsweise glauben, London werde einen wesentlichen Teil seines Weltreichs abtreten, nur um möglichst viele Bomber zu bekommen. Roosevelt hat derartige, einen künftigen amerikanischen Imperialismus ankündende Gedankengänge zurück gewiesen. Nicht einmal eine Spekulation auf die Bermudasgruppe will er wahr haben. Die britischen Gegendienste sollen in Rohstofflieferungen bestehen. Amerika braucht trotz seines eigenen Reichtums doch allerhand, was es nicht selbst besitzt. Beispielsweise Nickelerze ..

Eine andere Gruppe von Gegnern wirft dem Präsidenten vor, er spekuliere auf eine Diktatur und strebe darum den Kriegszustand an. Es sei schade, daß er seine Rede nicht vor den Wahlen gehalten habe. So attakierte ihn der Isolationistenführer Wheeler. Ein anderer Redner sprach von einem „indirekten Kriege", auf welchen Roosevelt hinarbeite. Die Mehrheit der Volks- und Staatenabgeordneten wird sich indessen für das Programm des Präsidenten aussprechen ... so wird angenommen. Aber die Gegner wollen Klauseln durchsetzen, die ihm weitere Schritte erschweren und vor allem die Durchführung des Programms von verschiedenen Bedingungen abhängig machen. Und Roosevelt wird sich gegen jede beschränkende Klausel bis aufs Äußerste wehren. Weiß er doch, daß die Hoffnung der Achsenmächte dahin geht, Amerika komme zuspät! Der demokratische Parlamentsapparat und die verfassungsmäßigen Bedenken seiner eigenen Leute würden den Präsidenten hemmen.

Wir heben in Roosevelts Rede vor dem Kongreß eine Passage hervor, die so richtig zeigt, mit welchen moralischen Waffen er die Gegenwehr zusammenzuschlagen versucht. Er sprach nochmals von der Gefahr, die Amerika drohe. „Die erste Phase einer Invasion", sagte er, „wäre die Besetzung wichtiger strategischer Punkte durch Geheimagenten und ihre Werkzeuge. Eine große Zahl von ihnen befindet sich bereits in den Vereinigten Staaten und in Südamerika. Solange die angreifenden Staaten ihre Offensive weiterführen, bestimmen sie und nicht wir die Stunde, den Ort und die Art des Angriffs. Aus diesem Grunde ist die Zukunft aller amerikanischen Republiken weiterhin ernstlich gefährdet." Mit diesen Sätzen verurteilt er jeden Politiker, der sich gegen die wirksame Unterstützung der „Bastion England" wendet, schiebt jeden unmerklich in die Nachbarschaft der bedrohlichen Agenten und zieht ihnen so den Boden unter den Füßen weg. Er ist entschlossen, durchzuhauen. Dabei erklärt er, die Art der geplanten Hilfe sei kein Kriegsakt, „selbst wenn ein Diktator ihn einseitig als solchen erklären werde".

Die „indirekte Kriegserklärung", die Roosevelt damit riskiert, schließt im übrigen die Versicherung ein, Amerika werde nie einen Frieden anerkennen, der „von den Angreifern mit Unterstützung gewisser Friedensanhänger ... im besiegten Lande ... diktiert werde". Er hat sich damit gleichsam verpflichtet, einen kommenden Frieden mit einem besiegten britischen Reiche nicht zu akzeptieren. Und die Engländer nehmen an, die zitierten Worte seien an die Regierung Pétain in Vichy gerichtet und bedeuteten eine Warnung an den Marschall, in seiner Zusammenarbeit mit Deutschland weiter als bisher zu gehen.

Soweit also ist die britisch-amerikanische Zusammenarbeit gediehen, und für die Achse stellt sich außer dem Problem, den Warenstrom zu stoppen, nur noch das andere: Nach einer Beschleunigung der Operationen gegen das Hauptziel. Die deutsche Heeresleitung weiß zwar heute bereits, daß die „erledigte Insel England" nicht den Frieden bedeuten würde. Aber eines würde sie gewinnen: Die Küsten, von welchen aus sie aller spätern amerikanischen Drohungen spotten könnte. Zieht sie das Unternehmen gegen die Transportwege vor ... oder sogar irgendwelche Landoffensiven ... dann weiß man, daß sie zum Angriff gegen die Insel noch nicht bereit ist.

Das Hauptproblem der Anbauschlacht

Mit dem Grundsatz: „Keine Scholle unbebaut", soll im kommenden Frühjahr ernst gemacht werden. Wir stoßen dabei auf zwei Grundfragen: Wie soll man einerseits der Landwirtschaft ... und dem intensiven Gartenbau ... die nötigen Leute zuführen, und wie soll man zweitens jeden Boden, den bisher benützten oder auch den allenfalls nicht benützten, mit den richtigen Früchten anpflanzen? Es kommt dazu ... erst nach der Ernte freilich ... die Frage, wie man auch alles rationell verwerte, was der Boden uns schenkt.

Was die Frage des Leutemangels in der Landwirtschaft betrifft: Die Armee wird sicherlich im Frühjahr jeden bäuerlichen Soldaten, der irgendwie abkömmlich ist, durch solche aus andern Berufen ersetzen. Damit bekommt die Landwirtschaft ihre wichtigsten Leute, die mehr bedeuten als die Nichtlandwirte, zugewiesen. Aber es besteht das alte Problem des Dienstbotenmangels, das seine Gründe in der Entlöhnung und in den Unterkunftsverhältnissen hat. Solange die Industrie ihre Arbeiter so bezahlen kann, daß sie „modern wohnen" und dazu selbständige Familien erhalten können, während ein Bauernknecht sozusagen „aussichtslos" bleibt, für einen Lohn schafft, der ihm kaum erlaubt, etwas zu ersparen, jedenfalls nie soviel, daß er an eine spätere ... und wie späte ... Selbständigkeit denken darf, solange höchstens ein Melker sich verheiraten, dabei aber nicht einmal in der eigenen Familie essen kann, solange wird der Druck stadtwärts anhalten, die „Landflucht" weiter dauern. Wir wissen gut genug, daß der Bauer mit seinem Einkommen nicht weiter gehen kann in der Entlöhnung seiner Leute, und daß er ihnen keine fürstlichen Wohnungen bauen darf, ohne sich selbst zu ruinieren. Und die wenigen „Herrenbauern", die dies könnten, dürfte niemand zwangsweise dazu verpflichten.

Es ist die „politische Arbeitsgemeinschaft" des Kantons Bern, welche in ihrer Eingabe an den Regierungsrat in Punkt 5 Vorschläge macht, um die „Verbesserung der sozialen Lage der verheirateten landwirtschaftlichen Dienstboten" zu erreichen. Ganz richtig sagt dieser Punkt 5, der uns von einer selten schönen Einsicht in die volkswirtschaftliche Wirklichkeit zu sprechen scheint, daß man die Landflucht nicht durch eine Senkung der Einkommen städtischer Arbeiter bekämpfen könne. Wohin käme der Bauer mit seinem Einkommen, wenn die „kaufende Stadt" verarmen, die große Masse seine Produkte nicht mehr erstehen könnte? Er würde seine Knechte und Mägde zu noch niedrigern Bedingungen anstellen müssen. Die Arbeitsgemeinschaft, für die Freisinnige, Bauernpartei, Sozialdemokratie und KK zeichnen, schlägt deshalb Lohnzuschüsse und Familienzulagen vor, hält aber Verbesserung der Wohnverhältnisse für ebenso notwendig.

Punkt 6 dieser Eingabe zeigt uns, daß die „Anbauschlacht" im Grunde gar keine einmalige Sache sein kann, daß sie nicht nur lediglich der Ernährungsnot dieser „zufälligen Kriegsjahre" entgegenzuwirken hat. Es geht um mehr: Um die Einleitung einer Rücksiedelung überhaupt, damit das Land auch später intensiver als bisher bewirtschaftet werde. Denn wozu würde man „das neue, auf das Land umzusiedelnde landwirtschaftliche Dienstpersonal" benötigen, von welchem dieser Punkt 6 spricht, wenn nicht zu einer dauernden bessern Ausnützung unserer fruchtbaren Erde? Die politische Arbeitsgemeinschaft fordert eine „besondere Reparatur- und Umbauaktion", damit alte, in so vielen Fällen keinen Anforderungen mehr entsprechende ländliche Wohnungen, in welchen früher Mietsleute wohnten, wieder brauchbar gemacht werden können. Daneben sind in Gegenden, wo neues Arbeitspersonal eingesetzt wird, Baracken zu erstellen ... wir denken an die noch heute brauchbaren Bauten der letzten Kriegszeit, z. B. unten bei der Schönaubrücke bei Bern. Vorderhand Baracken, später Häuser ...